Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 50. Freitag, den 23. Juni 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Dienstag, den 27. Juni 1893, 1/2 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **20. Juni 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Gem.-Räthe Siegert und v. Stummer entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath v. Götz hat um einen Urlaub bis 20. Juli, Herr Gem.-Rath Zweig um einen Urlaub von vier Wochen, Herr Gem.-Rath Bachofen von Echt um einen solchen von fünf Wochen angesucht. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Einverstanden.

3. Se. k. u. k. apost. Majestät haben die Beileidskundgebung des Gemeinderathes und der Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich des Hinscheidens Sr. königl. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Herzogs Max Emanuel in Baiern mit dem Ausdrucke des wärmsten Dankes huldvollst entgegenzunehmen geruht.

Wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Ausschuss des Asylvereines der Wiener Universität dankt für die Subvention per 340 fl. für das Jahr 1893.

Wird zur Kenntnis genommen.

Ich habe die Ehre, Interpellationen zu beantworten.

5. Zunächst die Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Fertigstellung des Schulbaues in der Schmerlinggasse im XVII. Bezirk. Hierüber habe ich Folgendes mitzutheilen: Beim Bau des Schulhauses XVII. Bezirk, Schmerlinggasse, ist derzeit die Herstellung des zweiten Stockwerkes in Ausführung. Bei günstigen Witterungsverhältnissen und wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, dürfte das neue Schulgebäude bis zu dem vorgeschriebenen Termin, das ist bis 16. October 1893, baulich vollendet sein. Ob es zu der Zeit auch für Schulzwecke benützbar sein wird, lässt sich von dem heute noch unvollendeten Bauwerke nicht sagen, da dies von den Witterungsverhältnissen und der damit im Zusammenhange stehenden Austrocknung abhängen wird, wobei bemerkt wird, dass die endliche Beurtheilung dieser Frage in die Competenz des Stadtphysikates gehört.

Was die entsprechende Unterbringung der Schüler für den Fall der nicht rechtzeitigen Vollendung dieses Schulbaues betrifft, so fällt die diesbezügliche Verfügung nicht in die Competenz des Magistrates, sondern in jene des Bezirksschulrathes, welch letzterer vom Stande der vorliegenden Angelegenheit genau informiert ist.

Seitens des Magistrates wird übrigens alles angewendet werden, um den Bau rechtzeitig zu vollenden.

6. In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die Gebür für die Überbrückung der Westbahn, habe ich die Ehre, mitzutheilen, dass die städtische Buchhaltung aufgefordert wurde, die Summe der bereits eingehobenen Gebüren zu berechnen, dass dieser Act urgiert worden ist und dass ich hoffe, dass in der nächsten Zeit darüber wird Bericht erstattet werden.

7. In Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend die Auslaufbrunnen im XIV. Bezirke, habe ich nach den Erhebungen die Ehre, mitzutheilen, dass der eine oder der andere Auslaufbrunnen in der Schellingergasse im XIV. Bezirke zeitweise einen schwächeren Ausfluss hat, die

Ursache dürfte darin liegen, dass anlässlich der in der Ausführung begriffenen Rohrlegungen infolge der hiedurch nothwendigen Absperrung und Wiedereröffnung des Zuflusses eine theilweise Verlegung in der Rohrleitung eingetreten ist.

Es wurde veranlasst, dass das Hindernis beseitigt wird.

Ich bitte, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann verliest nachfolgende Einläufe:

8. Interpellation des Gem.-Rathes Lang:

Laut Journalmeldungen hat der Bezirksausschuss der Inneren Stadt den einstimmigen Beschluss gefasst, dem Stadtrathe das Bedauern des Bezirksausschusses darüber auszudrücken, dass dieser in Angelegenheit der Übernahme der Straßensäuberung im I. Bezirke in die städtische Regie um seine Meinung gar nicht gefragt wurde.

Die Anschauung des Bezirksausschusses in einer so wichtigen, die Interessen des Bezirkes berührenden Frage gehört zu werden, ist vollkommen berechtigt.

Der Gefertigte erlaubt sich daher, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Aus welchen Gründen wurde das Gutachten des Bezirksausschusses des I. Bezirkes in Angelegenheit der Übernahme der Straßensäuberung dieses Bezirkes in die städtische Regie nicht eingeholt?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Es ist, als in Aussicht war, dass der Vertrag mit der Transport-Gesellschaft zu Ende gehe, eine Offertverhandlung ausgeschrieben und über diese ist im Stadtrathe berichtet worden. Es war daher ein Anlass, den Bezirksvorsteher des I. Bezirkes zu vernehmen, gar nicht vorhanden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Lueger:

Am 16. Juni d. J. habe ich ein Schreiben folgenden Inhaltes bekommen:

„Seit der Einverleibung der Vororte ist auch der Lainzer Friedhof in die Verwaltung der Gemeinde Wien übergegangen. Seit dieser Zeit kümmert sich aber niemand, wie es dort aussieht. Früher hat der Bürgermeister jeden Monat nachsehen lassen, ob alles in Ordnung ist. Dies geschieht jetzt nicht mehr. Heute ist das ganze Holzgitter schlecht, so dass jeder aus und ein kann. Auch ist nie jemand oben, wenn nicht zufällig eine Leiche ist u. s. w."

Ich erlaube mir nun die Frage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, hierüber Erhebungen zu pflegen und wegen Abstellung der Übelstände das Nöthige zu veranlassen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, diese Interpellation sofort zu beantworten, da die Erhebungen bereits gepflogen wurden.

Dieselben haben ergeben, dass der ältere Theil des Lainzer Friedhofes mit einer vollen Mauer, der erweiterte Theil desselben jedoch nur mit einem hölzernen Gitter eingefriedet ist.

Dieses Holzgitter wurde an der östlichen Seite des Friedhofes in einer Strecke von 3 bis 4 m von böswilliger Hand beschädigt, abgerissen und ist derzeit bloß lose angelehnt.

Solche Beschädigungen sind bei der isolierten Lage dieses Friedhofes leicht möglich.

Die sofortige Reparatur sowie die vollständige Instandsetzung dieses Gitters wurde telegraphisch veranlasst.

Von Zeit zu Zeit werden auf allen Friedhöfen der einbezogenen Vorortegemeinden Erhebungen gepflogen und Commissionen abgehalten.

Gelegentlich einer solchen Erhebung wurde schon einmal eine Beschädigung des Gitters beim Lainzer Friedhofe wahrgenommen und die Reparatur sofort veranlasst.

Die im Jahre 1892 angeregte Herstellung einer eigenen Todtengräber-Wohnung in diesem Friedhofe ist mit Rücksicht auf die bedeutenden Kosten (4541 fl. 92 kr.) und die in kurzer Zeit zu gewärtigende Erschöpfung des Belegraumes und voraussichtliche Schließung dieses Friedhofes unterblieben.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß:

Am 3. Juli 1891 habe ich den Antrag eingebracht, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen: Es sei an die hohe Regierung und auch an den hohen Landtag und das hohe Abgeordnetenhaus eine Petition zu richten, dass in Wien eine Hauszinsclassensteuer eingeführt werde.

Nachdem dieser Antrag bis heute noch nicht zur geschäftsmäßigen Behandlung kam und jetzt auch der Verein der Hausbesitzer dasselbe in Anregung bringt, so erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann wird dieser mein Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneiß:

Ich habe am 17. Juli 1891 den Antrag eingebracht, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass mit dem hohen k. u. k. Militärärar Verhandlungen eingeleitet werden sollen wegen einer Verkehrsstraße über das Schmelzer Exercierfeld zur Verbindung der Bezirke XIV, XV und XVI.

Nachdem nun auch die beiden Bezirksvertretungen des XV. und XVI. Bezirkes dieselbe Angelegenheit in Anregung brachten, so stelle ich an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wann wird mein Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

12. Anfrage des Gem.-Rathes Edlhofer:

In der Sitzung vom 28. November 1892 habe ich einen Antrag auf Erbauung eines neuen zweckentsprechenden Amtshauses im XVI. Bezirke und Verwendung des bestehenden Amtshauses in der Abelegasse zu einer Volksschule gestellt.

Nachdem sich die Zweckmäßigkeit dieses meines Antrages bei einer heute abgehaltenen Commission wegen Erbauung einer Volksschule sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch rücksichtlich der Schulverhältnisse als äußerst günstig erwiesen und von den Commissionsmitgliedern beifällig anerkannt wurde, ich aber von dem Schicksale meines ersterwähnten Antrages noch vollständig im unklaren bin, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister folgende dringende Anfrage zu richten:

1. Ist dieser Antrag vom Stadtrathe in Berathung gezogen worden?

2. Wenn ja, wann gedenkt der Herr Bürgermeister diesen heute sehr dringlichen Antrag auf die Tagesordnung des Gemeinderathes zu setzen?

Bürgermeister: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

13. Antrag I des Gem.-Rathes Eigner:

Niemand, der die einschlägigen Verhältnisse kennen gelernt hat, wird leugnen, dass die Straßenpflege, wie sie gegenwärtig in sämmtlichen Bezirken Wiens, namentlich in den neueinverleibten Vororten geübt wird, eine gänzlich veraltete und unrationelle ist, dass namentlich die Straßenreinigung fast alles zu wünschen übrig lässt und zu fortgesetzten Klagen Anlass gibt.

Bei alldem verschlingt die Straßenpflege bei uns in Wien alljährlich ungeheuere Summen. Mit diesem System muss ein- für allemal gründlich aufgeräumt werden, wenn die Haupt- und Residenzstadt in dieser Beziehung nicht sogar von den Provinz-Hauptstädten überflügelt werden soll.

Dass mit verhältnismäßig geringen Mitteln bei rationeller Behandlung der Sache noch ungemein viel geleistet werden kann, zeigt uns die verdienstvolle Arbeit des Oberinspectors Stritzl. Dieser Mann, dessen schöpferische Kraft sich in allen seinen Vorschlägen in so eminenter Weise äußert, dessen kolossaler Fleiß allein schon unsere Verwunderung erregt, scheint berufen, die gegenwärtige Systemlosigkeit in der Straßenpflege zu beseitigen und an deren Stelle das erreichbar Vollkommene zu setzen.

Es ist dies ein Wunsch, eine Hoffnung, die gewiss von der überwiegendsten Mehrheit aller Einsichtigen getheilt wird und uns bestimmen soll, im Interesse unserer schönen Kaiserstadt einen entscheidenden Schritt zu thun.

Diesen Schritt erblicke ich in der vollständigen Trennung der currenten Straßenpflege von dem Bauamte einerseits und den Bezirksvertretungen andererseits, in der Schaffung eines neuen Organes in der Gemeindeverwal-

tung, welchem es in Zukunft obliegen soll, die Straßenpflege in ganz Wien einheitlich durchzuführen und an dessen Spitze selbstverständlich der verdienstvolle Oberinspector Stritzl gestellt werden müsste.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei der Feuerwehr-Oberinspector Stritzl einzuladen, innerhalb der kürzesten Frist ein vollständiges, detailliertes und mit den erforderlichen Kostenaufstellungen instruiertes Programm über die Trennung der Straßenpflege von dem Bauamte und den Bezirksvorständen auszuarbeiten und dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen. Die städtischen Ämter wären anzuweisen, ihn diesfalls in jeder Richtung zu unterstützen und ihm die erforderlichen Daten an die Hand zu geben.

Antrag II des **Gem.-Rathes Eigner:**

Im Falle der vorliegende Antrag nicht angenommen werden sollte, erlaube ich mir, folgenden Zusatz-Antrag zu stellen:

Es ist in kürzester Zeit ein vollständiges detailliertes und mit den erforderlichen Kostenaufstellungen instruiertes Programm über die Trennung der Straßenpflege von dem Bauamte und den Bezirksvorständen auszuarbeiten und dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die städtischen Ämter sind anzuweisen, diese Sache in jeder Richtung zu unterstützen und haben die erforderlichen Daten zu liefern.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Ahl** und Genossen:

Auf jeden Staatsbürger, welcher es mit dem Streben nach politischer Freiheit wahrhaft ernst meint, musste es geradezu erhebend wirken, als er die Berichte über die letzten Wahlen in dem benachbarten Deutschen Reiche las.

Wir sehen da, dass in des Wortes vollster Bedeutung vom Palast bis zur Hütte herab jeder Bürger, getragen von seiner inneren politischen Überzeugung, zur Wahlurne schritt.

Dem entgegen sehen wir in Österreich, dass nur eine kleine, durch veraltete politische Privilegien bevorzugte Classe von Bürgern von einem Wahlrechte in die Vertretungskörper Gebrauch zu machen in der Lage ist.

Da es in erster Linie der Hauptstadt unseres Reiches zusteht, ihr Möglichstes beizutragen, um diesem dem Begriffe von wahrer politischer Freiheit durchaus nicht entsprechenden Zustande ein Ende zu bereiten, stelle ich unter Berufung auf § 52, Alinea r, des Gemeindestatutes den Antrag:

Der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle eine Petition an die hohe Regierung dahin gehend richten, „dass ehebaldigst das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht in allen Vertretungskörpern des Staates, des Landes und der Gemeinde für alle Staatsbürger, welche die bürgerliche Eigenberechtigung besitzen, gesetzlich festgestellt werde."

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

In der Sitzung vom 28. November 1892 habe ich einen Antrag auf Erbauung eines neuen zweckentsprechenden Amtshauses im XVI. Bezirke gestellt.

Nachdem nun glaubwürdigen Nachrichten zufolge der auf dem Götheplatz projectierte Theaterbau nicht zustande kommen soll, der Termin aber mit Ende December dieses Jahres abläuft, so erlaube ich mir zu meinem obgenannten Antrag folgenden Zusatz-Antrag zu stellen:

Der löbl. Gemeinderath beschließe, zum Baue des neuen Amtshauses im XVI. Bezirke den Götheplatz in Aussicht zu nehmen und einen entsprechenden Betrag als erste Baurate hiefür ins diesjährige Budget einzustellen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

16. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Bei dem Umstande, als vor der Vereinigung mit Wien in den heutigen an der Peripherie mit ländlichem Charakter gelegenen ehemaligen Gemeinden gegenüber der Stadt Wien ganz entgegengesetzte Bedürfnisse und Verhältnisse bestanden, wurden die Bewohner, wie Realitäten- und Grundbesitzer infolge der so rasch durchgeführten Einverleibung, sowie die dadurch mit sich geführte Gleichstellung der ländlichen mit den städtischen Eigenschaften, sowie durch die gleichmäßige Behandlung der Bauordnung, wie Handhabung der sanitäts- und polizeilichen Vorschriften um so härter betroffen, als sie allerdings die gleichen Pflichten, aber nicht die gleichen großstädtischen Einrichtungen mit dem Centrum genießen.

Weiters steht aber auch das Einkommen, vermöge des geringen Geschäftsumfanges und Verkehres, zu den erhöhten Existenzbedürfnissen und Steuern in gar keinem Vergleiche mit dem der inneren Bezirkstheile.

Weiters müssen die ferngelegenen Bezirkstheile noch dazu sehr viele Vortheile der inneren Stadt, darunter den eines geregelten und sicheren Verkehres mittels Tramway, entbehren und leider sehr empfinden, wodurch sie die Isolierung noch härter trifft.

Speciell die Bewohnerschaft, welche sich auf den Ertrag des Grund und Bodens angewiesen sieht, ist durch die Einverleibung am härtesten mitgenommen, indem dieselbe ihre Erzeugnisse und Producte nicht so zu verwerten imstande ist, wie die außerhalb der Verzehrungssteuergrenze liegenden, mit weniger Steuern belasteten Landwirte, welchen auch bedeutend billigere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wodurch die Producenten innerhalb der Linie am Wiener Markte nicht concurrenzfähig sind.

Das Resultat dieser Zustände ist, dass die in den entlegenen Bezirkstheilen wohnenden Haus- und Grundbesitzer, sowie Geschäftsleute wirtschaftlich immer tiefer herabsinken und zu den ohnehin sehr hohen Grundbuchslasten neue aufzunehmen gezwungen sind, und so ihr Ende als Besitzende in sehr nahe Zeit gerückt ist, sollten nicht ausgiebige Erleichterungen und Begünstigungen baldigst eintreten.

Es ist daher Pflicht derjenigen, welche die Vororte gegen ihren Willen in solch arge, auf die Dauer unerträgliche Zustände gebracht haben, für dieselben auf alle nur mögliche Weise Erleichterung zu schaffen, um ihnen das Übergangsstadium erträglicher zu machen.

Nachdem sich schon heute die Folgen unter dem Drucke der Bauordnung und deren Auslegung durch den Stadtrath auf die Bauthätigkeit bemerkbar machen, erlauben sich die Gefertigten zufolge obgeschilderten Verhältnissen folgenden Antrag zu stellen:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. Die in der Bauordnung vorgesehenen Bauerleichterungen §§ 82 bis 90 sind auf die an der Grenze gelegenen Bezirkstheile in Anwendung zu bringen, wozu auf Grund des § 83 dem Gemeinderathe das Recht, zu beschließen, in der Dauer bis zu zehn Jahren eingeräumt ist.

2. Der Magistrat wird beauftragt, einen Entwurf, betreffend die Herabsetzung der Gebüren für Baulinienbestimmungen und Bekanntgabe der Bau- und Benützungs-Consenstaxen, sowie Verminderung der Canaleinmündungs-Gebüren ehestens vorzulegen, und zwar für kleinere Bauobjecte.

3. Die Bestimmung wegen Einleitung des wasserrechtlichen Verfahrens bei angesuchten Wasserläufen zur Ableitung der Spül- und Niederschlagswässer in die bestehenden offenen oder geschlossenen Bäche hat bei Wasserläufen bis zu 30/30 an Querschnitt zu entfallen.

17. Bürgermeister: Ich habe noch nachzutragen, dass Herr Gem.-Rath Rückauf um eine Verlängerung seines Urlaubes bis 14. Juli angesucht hat. Es wird wohl keine Einwendung dagegen erhoben? (Zustimmung.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Wie den Herren bekannt ist, hat im Laufe der Debatte, welche über den Antrag des Stadtrathes, betreffend die Straßensäuberung im I. Bezirke, stattgefunden hat, Herr Gem.-Rath Frauenberger den Antrag gestellt, dem Oberinspector Stritzl eine Dotation von 500 Ducaten zu gewähren. Über diesen Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger wurde nicht abgestimmt, und zwar deswegen, weil der damalige Vorsitzende der Anschauung war, dass dieser Antrag einer Vorberathung durch den Stadtrath unterzogen werden müsse. Es war mir damals nicht möglich, gegen diese Auffassung zu sprechen, weil Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Schluss der Sitzung ausgesprochen hat. Ich erlaube mir daher, heute an den Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten, über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger die Abstimmung einzuleiten. Ich glaube, dass hier jeder Gemeinderath berechtigt war, einen solchen Antrag zu stellen, weil dieser Antrag sich als nichts anderes darstellt als ein Gegen- beziehungsweise

Erweiterungs-Antrag zum Antrage des Stadtrathes, mit welchem dem Herrn Stritzl die Anerkennung ausgesprochen werden soll. Der Herr Bürgermeister wird mir selbst zugeben, dass, wenn der Stadtrath zum Beispiel eine Subvention von 100 fl. beantragt, jeder Gemeinderath das Recht hat, eine Subvention von 200 fl., 300 fl. und noch mehr zu beantragen. Der Herr Bürgermeister wird mir weiter zugeben, dass, wenn der Stadtrath beantragt, eine Subvention nicht zu bewilligen, jeder Gemeinderath das Recht hat, wenn über diesen Antrag des Stadtrathes debattiert wird, zu beantragen, dass eine Subvention ertheilt wird, und auch das Recht hat, eine Subvention in einer bestimmten Höhe zu beantragen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger stellt sich nicht als absolut selbständiger Antrag dar, der nach dem Statute der Vorberathung durch den Stadtrath unterzogen werden müsste, sondern als ein Zusatz- beziehungsweise Abänderungs-Antrag zu dem Antrage des Stadtrathes und muss daher zur Abstimmung gelangen. Ich würde daher den Herrn Bürgermeister bitten, im Interesse der Rechte des Gemeinderathes diesem meinem Begehren zu entsprechen.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf folgende Darstellung des Sachverhaltes zu geben.

Es handelt sich nicht bloß um den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger, sondern auch um den Antrag des Referenten. Der Antrag des Referenten, Punkt 3, geht dahin, es sei dem Oberinspector Stritzl die Anerkennung auszusprechen. Über diesen Antrag ist eine Beschlussfassung noch nicht erfolgt. Es ist daher diese Beschlussfassung nachzuholen, und ich habe mich daher veranlasst gesehen, diesen dritten Punkt des Referates des Herrn St.-R. Noske, also des Antrages des Stadtrathes, auf die Tagesordnung der heutigen vertraulichen Sitzung zu stellen, der vertraulichen Sitzung aus dem Grunde, weil in der Sitzung Mittheilungen zu machen sind, die in öffentlicher Sitzung nicht gemacht werden können. Hiemit, glaube ich, ist die Angelegenheit in entsprechendem Sinne erledigt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist zwar in den Zeitungen gestanden, dass wir wegen dieser Sache einen Scandal machen wollen; das ist aber durchaus nicht der Fall. Ich habe gar nichts dagegen, wenn vielleicht der Antrag gestellt wird, dass die Debatte über diesen Punkt neuerlich aufgenommen werde. Ich rufe dem Herrn Bürgermeister in Erinnerung, dass wir uns damals bereits in der Abstimmung befunden haben; nun geht es nach der Geschäftsordnung, dass unmittelbar vor der Abstimmung die Wiederaufnahme der Debatte beantragt wird. Wenn die Frage in dieser Weise gelöst wird, wenn auf diese Weise das Recht des Gemeinderathes anerkannt wird, so sehen wir ganz entschieden von weiteren Schritten ab, und ich würde daher bitten, in dieser Weise vorzugehen. Vielleicht ist ein Mitglied der Majorität geneigt, diesen Antrag zu stellen; ja bloß zur Wahrung der Rechte des Gemeinderathes würde sogar ich diesen Antrag stellen. Es dreht sich mir gar nicht um die Person, nicht um den Oberinspector Stritzl, sondern ausschließlich darum, dass der Gemeinderath berechtigt sein soll, Abänderungsanträge zu den Anträgen des Stadtrathes zu stellen. Ich erlaube mir demnach den Antrag zu stellen, die Debatte über diesen Punkt wieder aufzunehmen.

Bürgermeister: Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner in der Lage war, meinen Ausführungen genau zu folgen, sonst hätte er denselben Folgendes entnommen: Ich habe aus eigener Initiative den dritten Punkt des Stadtraths-Antrages als Antrag auf die Tagesordnung der vertraulichen Sitzung gestellt, d. h. der Referent wird am Referententische erscheinen und über diesen Antrag referieren, worüber die Debatte dem Gemeinderathe selbstverständlich freisteht, und dies aus dem Grunde, weil über diesen Punkt überhaupt nicht debattiert und noch weniger abgestimmt worden ist. Es ist daher meines Erachtens wohl allen Wünschen der Herren, dass diese Angelegenheit im Plenum in irgend einer Weise zur Beschlussfassung gelange, Rechnung getragen.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Josef Müller.

18. Referent Gem.-Rath Jos. Müller: Ich habe Bericht zu erstatten über den Antrag des Stadtrathes und den Beschlüssen desselben vom 9. und 12. Juni. Derselbe liegt den geehrten Herren in der Beilage zur Zahl 96 vor. Er behandelt den Entwurf der an die Actiengesellschaft vormals Krauß & Comp. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn. Die geehrten Herren wissen, dass ein Antrag hier im Plenum seitens des Gem.-Rathes Steiner eingebracht wurde, dahin gehend, der Gemeinderath möge gegen die geplante Concession der Stadtbahnlinie an eine Privatgesellschaft an Allerhöchster Stelle die nöthigen Schritte unternehmen. Es hat darüber der Stadtrath eingehende Berathungen gepflogen, und es hat sich ergeben, dass bei Festhaltung des Principes, dass falls diese Bahnen, welche im Programme unter A II, lit. d, e, f, dann B III, lit. i, k, vorgesehen sind, zur Durchführung gelangen sollen, und zwar innerhalb der dort vorgesehenen Frist, zur Übernahme und zum Betriebe nur zwei Eventualitäten möglich sind, und zwar:

1. dass diese Bahnen auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen ausgeführt werden, und

2. dass diese Bahnen an eine leistungsfähige Privatgesellschaft zu übertragen wären.

Diesbezüglich ist auch bereits im Programme unter Artikel VIII darauf hingewiesen. Im Artikel VIII heißt es (liest): Die im Punkt II, lit. d, e, f, und Punkt III, lit. i, k, bezeichneten Linien der Wiener Stadtbahn sollen für Rechnung der Commission hergestellt werden, wenn es nicht als zweckmäßig erkannt werden sollte, die Ausführung derselben im Wege der Concessionsertheilung an eine geeignete leistungsfähige Privatgesellschaft sicherzustellen.

Es wäre wohl meiner Ansicht nach das Richtige gewesen, wenn die Commission für Verkehrsanlagen auch diesen Bau der Localbahnlinien übernommen hätte, respective wenn dieselben auf Rechnung der Commission durchgeführt worden wären. Dem entgegen steht aber der Beschluss der Commission für Verkehrsanlagen vom 3. Juni d. J., in welcher Sitzung beschlossen worden ist, dass die Commission für Verkehrsanlagen die Linien nicht für eigene Rechnung ausführe. Es ist vielmehr der Beschluss gefasst worden, unter Zugrundelegung des den geehrten Herren vorliegenden Entwurfes der Concessionsurkunde, dass diese Linien an eine Privatgesellschaft, und zwar an die Firma vormals Krauß & Comp. zu übergeben wären, und dass diese Concessionsurkunde an das Handelsministerium zur Concessionsertheilung an diese Firma geleitet werde.

Es ist daher, wie die Sache nun steht, meiner Ansicht nach ausgeschlossen, dass die Commission für Verkehrsanlagen die Bahnen überhaupt in eigener Regie baut, respective für ihre Rechnung durchführen lässt. Es bleibt daher nur der zweite Fall übrig: dass diese Localbahnlinien, wie sie im Programme enthalten sind

und wie ich sie früher genannt habe, durch eine leistungsfähige Privatgesellschaft zu besorgen wären.

Nun, es hat sich eine Privatgesellschaft, und zwar die Firma Krauß & Comp. gefunden und um die Concession beworben. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass vielleicht eine andere Gesellschaft auch herantritt und um die Concession wirbt, und ich erwähne, dass zunächst die Gemeinde eine solche Gesellschaft wäre. Ich erwähne diesen Fall aus folgenden Gründen: weil hier im Plenum bereits darüber Beschluss gefasst worden ist, dass die Gemeinde als Bewerberin auftreten soll, und weil derselbe Antrag auch dem Stadtrathe zur Berathung vorgelegen ist, es möge die Gemeinde selbst um die Concession werben, den Bau und Betrieb dieser Bahnen übernehmen.

Bezüglich der Übernahme des Baues und des Betriebes der Bahn durch die Gemeinde möchte ich bemerken, dass ich es für ausgeschlossen halte, dass eine Gemeinde, wie die Commune Wien es ist, als Concessionswerberin, als Eisenbahnbau-Unternehmerin auftreten und sich in ein so riskantes Geschäft einlassen soll. Ich möchte aber auch noch andere Motive vorbringen, welche dagegen sprechen, dass die Gemeinde als Concessionswerberin auftritt, und da ist hauptsächlich die Situation der Bahnen selbst ins Auge zu fassen.

Die Localbahnen, die durchgeführt werden sollen, d. i. die Wienthallinie, die Rennweglinie, die Ringstraßenlinie und die Donaucanallinie sind die Stadt durchquerende Linien, welche größtentheils ihre Anschlüsse an bereits bestehende Bahnen finden; diese Localstrecken an und für sich haben keine bedeutende Länge, im ganzen nur einige Kilometer. Es wird nun vorgesehen, dass diese Bahnen einen bedeutenden Personenverkehr, circa 8000 Personen per Stunde, auf jeder Strecke befördern soll, und eine Bahn mit so reichem Verkehre erfordert ein sehr reich ausgestattetes Betriebsmateriale insbesondere rollendes Materiale; es müsste also das ganze Materiale angeschafft und sogar ein förmliches Eisenbahnbureau errichtet werden, um den Bau und den Betrieb übernehmen zu können. Ich glaube aber auch, dass sich dies mit den Principien einer Gemeinde überhaupt nicht verträgt; das Princip der Gemeinde ist, sich nicht in Unternehmungen einzulassen, welche sie nicht näher angehen, und nicht eine Concession für eine Bahn zu erwerben, bei der sie eigentlich nur mit zehn Percent betheiligt ist, wie die Herren ja aus dem Programme über die Kostenvertheilung wissen. Ich glaube, die Gemeinde soll ihren Principien treu bleiben und sich nicht in ein solches Bahnunternehmen einlassen, sondern sich auf andere Unternehmungen beschränken, die ja in Hülle und Fülle vorhanden sind und die sie in eigene Regie übernehmen kann und soll.

Es muss auch bemerkt werden, dass für diese Bahnstrecken gewisse Anschlüsse bereits bestehen oder bereits concessioniert sind. Diese Anschlüsse bilden die Fortsetzung dieser Localbahnen, und zwar ist es für die Wienthallinie die Dampftramway nach Mauer, Mödling und St. Veit, und auf der anderen Seite die Bahn von der Stephaniebrücke nach Stammersdorf. Das sind Linien, die bereits von einer Firma erworben sind und die eigentlich mit den anderen zusammen ein Ganzes bilden, so dass es nicht recht denkbar ist, dass für die innere Strecke ein separates Unternehmen besteht. Es müsste daher die Gemeinde Wien, wenn sie diese Concession erwerben sollte, die Fortsetzungen dieser Linien käuflich erwerben, und dass dies mit großen Kosten verbunden wäre, glaube ich, werden die Herren wohl selbst ermessen.

Nun möchte ich auch bezüglich der Rentabilität etwas erwähnen. Wir haben ja bereits in vielen Städten derartige Stadtbahnen, kennen also bereits die Rentabilität derselben. Ich weise z. B. auf die Stadtbahn in Berlin hin, die gewiss nicht luxuriös, sondern den dortigen Verhältnissen entsprechend gebaut ist und bereits längere Zeit besteht; dieselbe hat einen Ertrag von 1·9 Percent abgeworfen. Die Stadtbahn in London trägt 2 Percent, die in Liverpool 2½ bis 3 Percent. Hieraus ist wohl klar zu ersehen, dass ein großer Ertrag aus einer Stadtbahn, wenigstens anfangs und auch bei weiterem Betriebe, wie Sie aus dem Mitgetheilten ersehen, nicht resultiert.

Also, warum soll sich die Gemeinde in ein Geschäft einlassen, welches, per analogiam nach anderen Städten zu schließen, die bereits diese Bahnen haben, wirklich nicht einen bedeutenden Ertrag abwirft? Ich glaube trotzdem, dass Wien auf einen größeren Verkehr gerechnet hat, auf einen Verkehr von 8000 Personen per Stunde, dass dennoch die Rentabilität mindestens im Anfange keine große sein wird. Es wäre daher sehr gewagt, die Gemeinde in ein derartiges riskantes Geschäft — möchte ich sagen — förmlich hineinzutreiben.

Ein fernerer Umstand ist der, dass die Geldbeschaffung durch die Gemeinde erfolgen müsste. Obzwar es richtig ist, dass jetzt der Geldmarkt für derartige Unternehmungen ziemlich zugänglich ist, so ist es doch nicht im voraus anzunehmen, ob die 30 oder 35 Millionen, die hier nothwendig sind, in einer derartigen Weise zu beschaffen wären, dass es günstig für die Gemeinde wäre. Ferner möchte ich auch noch bemerken, dass die Gemeinde Wien derzeit viele schwierige Aufgaben zu lösen hat, Aufgaben, die schwere finanzielle Opfer erheischen, die sie unter allen Bedingungen bringen muss, weil bereits Beschlüsse vorliegen. Ich weise nur auf die Wasserversorgung hin; die geehrten Herren wissen ja, dass die Aufnahme eines Darlehens von 35 Millionen Kronen beschlossen worden ist, und bis die Wasserleitung im Gange sein wird, werden noch viele Summen dazu nothwendig sein, um die ganze Wasserversorgung für Wien durchzuführen.

Ferner soll auch die Gemeinde die Gasanstalten errichten, es soll die Gasbeleuchtung in eigener Regie durchgeführt werden. Wenn das geschieht, so ist gewiss ein großer Betrag nothwendig, welcher in diesen Anstalten und Unternehmungen investiert werden soll. So noch manches andere. Jetzt ist die Straßensäuberung ebenfalls in die eigene Regie übernommen worden. Das sind Arbeiten, welche allenfalls mit Recht auf Rechnung der Gemeinde übernommen werden, weil sie sie ja sehr nahe angehen; aber sich in solche Unternehmungen einzulassen, wie in einen Bahnbau, würde ich für sehr riskant, ja sogar gefährlich halten.

Es ist daher unter Berücksichtigung der Sachlage, wie sie nun ist, unter Berücksichtigung dessen, dass die Commission für Verkehrsanlagen die Arbeiten nicht auf eigene Regie übernimmt und meiner Ansicht sowie der Ansicht des Stadtrathes nach die Gemeinde eine solche Unternehmung nicht durchführen soll, die einzige Eventualität übrig geblieben, dass diese Bahnanlage einer Privatgesellschaft überlassen werde. Es hat auch der Stadtrath unter Würdigung dieser Umstände den Beschluss gefasst, zu beantragen, dass in die Berathung des Entwurfes der Concessionsurkunde einzugehen sei, indem dadurch die Wahrung der Interessen der Gemeinde am besten gesichert wird. Es hat der Stadtrath die Concessionsurkunde genau geprüft und berathen, und das Resultat dieser Berathungen ist eine Reihe von Anträgen und Wünschen.

Die Anträge haben sich bezogen auf die Urkunde selbst, d. h. auf die Einfügung jener Zusätze, welche in den Rahmen der Urkunde selbst passen, wo es sich also um Bedingungen handelt, welche die Gesellschaft selbst betreffen, und dann folgt eine Reihe von Wünschen, welche eigentlich nicht in den Rahmen der Urkunde passen, und zwar deshalb, weil sie sich nicht speciell auf die Unternehmung beziehen, sondern auf eventuelle Vereinbarungen mit dem Staate.

Diese Anträge liegen vor und haben die geehrten Herren dieselben bereits in Händen. Ich glaube, mich darüber nicht weiter auslassen zu müssen; die geehrten Herren werden im Zusammenhange des Entwurfes der Concessionsurkunde mit den Anträgen des Stadtrathes ihre Wünsche und Anträge bereits in Bereitschaft haben, und ich glaube, Ihnen nur empfehlen zu sollen, dass Sie auf die Berathung dieser Concessionsurkunde eingehen. Es ist beschlossen worden, dass diese Wünsche und Anträge an das h. k. k. Handelsministerium zur Berücksichtigung zu leiten sind. Es wurde der Beschluss gefasst: „Es sei eine Petition an das h. k. k. Handelsministerium zu richten, in welcher die vorstehend formulierten Abänderungs-Anträge und Wünsche zur geneigten Berücksichtigung bei Ertheilung der Concession vorgelegt werden."

Ich glaube daher, dass die geehrten Herren laut dieses Antrages nunmehr darauf eingehen sollen, die einzelnen Paragraphe und Punkte des Entwurfes der Concessionsurkunde durchzugehen und Ihre eventuellen Anträge und Wünsche beizufügen.

(Während des vorstehenden Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte ist gemeldet Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Sehr geehrte Herren! Ich habe schon gelegentlich der Debatte über das Übereinkommen mit der Gesellschaft Krauß & Comp. bemerkt, dass mir der Vorwurf gemacht wurde, ich hätte meinen Antrag zu spät eingebracht.

Ich komme heute darauf zurück. Wie war es einem Mitgliede des Gemeinderathes möglich, diesen Antrag früher zu stellen, nachdem man ja von den Concessionsbedingungen nicht früher etwas wusste, als bis am 25. Mai d. J. in der „Neuen Freien Presse" im volkswirtschaftlichen Theile eine Notiz darüber erschienen war, auf Grund welcher ich eben erst meinen Antrag formulieren konnte. Am 27. Mai war die Wahl des Herrn Vice-Bürgermeisters und am 29. die Wahl des Stadtrathes. Am 30., in der darauffolgenden ersten ordentlichen Sitzung des Gemeinderathes, brachte ich sofort meinen Antrag ein. Es war daher früher absolut unmöglich.

Meine Herren! Ich habe in dieser Sitzung den Herrn Bürgermeister gefragt, was denn geschehen sei mit dem Antrage, welchen Herr St.-R. Dr. Lueger in der Sitzung am 24. Mai 1892 dahin gestellt hat, worüber im Plenum des Gemeinderathes Beschluss gefasst worden ist: die Bahn eventuell in eigener Regie zu bauen, wenn sie von Seite der Verkehrs-Commission nicht gebaut werden sollte.

Der Herr Bürgermeister hat mir — ich kann es nur scherzweise hinnehmen — gesagt: ich möchte eine derartige Interpellation schriftlich einbringen. Meine Herren! Das ist wieder ein neuer Vorgang. Sie wissen ja, wie die Geschäftsordnung von Seite des Präsidiums gehandhabt wird.

Ich wusste überhaupt nicht, was kommt. Im Laufe der Debatte stellen sich solche Anfragen heraus, und es muss jedem Mitgliede des Gemeinderathes freistehen, solche Anfragen zu stellen, und man setzt auch voraus, dass seitens des geehrten Präsidiums eine Antwort darauf ertheilt wird. Was mit diesem Antrage geschehen ist, wissen wir bis heute überhaupt noch nicht. Wir wissen nicht, welcher Wert darauf von Seite des Ministeriums gelegt worden ist, und welcher Bescheid an das Präsidium herabgelangt ist.

Der Herr Bürgermeister hat in seinen Ausführungen erklärt, die Gemeinde besitze so viel Autorität, der Gemeinderath besitze Autorität höheren Ortes. Wenn man Autorität besitzt, warum wurde von Seite des Handelsministeriums die Gemeinde übergangen? Ich weiß nicht, ob eine Zuschrift an das Präsidium gelangt ist, aber, wenn ja, warum wurde das Plenum des Gemeinderathes nicht verständigt, wenn es eine Autorität hat.

Der Herr Bürgermeister spricht weiters: Ja, die Arbeiten — weil ich über die Verzögerung derselben gesprochen habe — können nicht so schnell durchgeführt werden. Er hat von Heißspornen gesprochen. Der Herr Bürgermeister hat es freilich gemüthlich; ihm geht es besser als den Arbeitern und Geschäftsleuten. Die Verhältnisse sind traurig genug, wenn man es betreiben muss, dass mit den Arbeiten begonnen werde.

Wie sieht es nun eigentlich aus? Circa 200 Arbeiter arbeiten jetzt bei den großen Verkehrsanlagen und beim Bau des Sammelcanales, das Fuhrwerk verdient nichts und der Arbeiter verdient nichts. Dann spricht man hier von Heißspornen. Eine solche Antwort möge der Herr Bürgermeister für sich behalten, ich danke freundlichst für solche Auskünfte.

Man gehe nur die ganze Concessionsurkunde durch! Ich habe mir die Reichsgesetzblätter mit Concessionsurkunden über in den letzten Jahren verliehene Concessionen von Localbahnen verschafft — ich habe sie hier — und ich kann Sie versichern, dass in keiner Concessionsurkunde so weitgehende Zugeständnisse wie in dieser Concession von Seite des Handelsministeriums gemacht wurden. (Sehr richtig! links.) Es ist zum Beispiel am 15. September 1892, R.-G.-Bl. Nr. 182, an den steiermärkischen Landesausschuss die Concession für die Linie Kapfenberg—Seebach—Au verliehen worden. Hier finden Sie nur eine vierpercentige Verzinsung des Anlagecapitales, und es ist der steiermärkische Landesausschuss Concessionär.

Sie finden weiters am 4. September 1892 im R.-G.-Bl. Nr. 181 die Concession für die Localbahn Castolovitz—Sollnitz an die Stadtgemeinde Reichenau als Concessionärin, worin Sie nur eine 4½percentige Verzinsung sehen, und in keiner Concessionsurkunde ist von einer Vergütung für die Erträgnisse der vergangenen Zeit die Rede, von Erträgnissen, welche nicht erzielt worden sind. Wenn man das genau durchliest — es sind noch unzählige Concessionsurkunden da — so muss sich jedem das Gefühl aufdrängen, dass heute im österreichischen Handelsministerium wieder der Geist Pinos umzugehen scheint.

Weiter bezüglich des Materiales! Es ist der Gesellschaft gestattet, unter den gleichen Bedingnissen das Material aus dem Ausland zu beziehen. Diesbezüglich hat sich das Handelsministerium, glaube ich, den Stadtrath der Gemeinde Wien zum Muster genommen. Wir beziehen auch das Cement aus Ungarn; warum — denkt sich das Handelsministerium — darf eine ausländische Gesellschaft nicht auch das Material aus dem Ausland beziehen? Wie tief schädigend das für unsere Großindustrie sein wird, das wird gewiss fühlbar werden. Ich sehe nicht ein, warum eine so „Krauß"liche Gesellschaft besondere Concessionen haben soll. Eine ausländische Gesellschaft! Man wird ganz dieselben Erfahrungen

machen wie bei der Tramway-Gesellschaft, und auch hier in dieser Concessionsurkunde finden Sie, dass sich das hohe Handelsministerium die Tarifbestimmung vorbehält mit Rücksicht auf die Rentabilität der Bahn. Ja, es kann uns passieren, dass wir auch einen so famosen Tarif bekommen wie den 10 kr.-Tarif an Sonntagen auf der Tramway, und der Gemeinderath wird dann, wenn er interpelliert wird, vor der Thüre stehen und der Herr Bürgermeister wird sagen: ja, der Gemeinderath hat keine Ingerenz auf die Tarife dieser Bahn, und wir müssen uns dann die Haut über den Kopf ziehen lassen, wie es heute die Tramway oder ihre Actionäre thun. (Sehr richtig! links.) Der Herr Referent hat gesagt: das kostet zu viel Geld. Der Herr Referent möge entschuldigen, dasselbe wurde auch gesagt, als der Gasvertrag erneuert worden ist.

Das ist es eben; man traut sich bei uns nicht an die Erbauung der Gasanstalten, obwohl die Einschätzung schon längere Zeit vorüber ist und auch schon in der Bevölkerung ziemlich genau bekannt ist, wie hoch die Einschätzung der Gaswerke sich beziffert. Warum ist bezüglich der Gasfrage bis heute noch nichts geschehen. Das wispelt man sich laut in der Bevölkerung in die Ohren. Der Herr Referent hat vergessen, dass es unser Programm ist, Brandschadenversicherung in eigene Regie, alles, wo ein Erträgnis herausschaut, in eigene Regie zu nehmen. Da fürchtet man immer die Geldauslagen. Die Angst vor Geldauslagen war ja auch bei der Erbauung der Gasanstalt maßgebend; das ist heute überwunden. Wenn nicht wieder ein bei den Haaren herbeigezogener Präjudicialproces kommt, dürften wir doch eine Gasanstalt in eigene Regie bekommen.

Bezüglich des Passus der Erwerb- und Einkommensteuer finden Sie in allen anderen derartigen Concessionen eine 25jährige Dauer, in dieser eine 30jährige Erwerb- und Einkommensteuerfreiheit; also wieder eine besondere Begünstigung. Wenn die Stadtbahn, die doch ein gemeinnütziges Unternehmen werden soll, einer Actiengesellschaft übertragen wird, so wird diese trachten, ihre Papiere an der Börse möglichst gut zu verwerten. Diese Papiere werden den jeweiligen Schwankungen unterworfen sein. Was wird die Folge sein? Dass die Actionäre trachten werden, hohe Dividenden zu bekommen, und die Bevölkerung viel Fahrgeld bezahlen muss. Wenn, wie der Herr Referent in seinen Ausführungen selbst gesagt hat, auf einen so bedeutenden Verkehr — 7000 bis 8000 Personen per Stunde — gerechnet wird, dann muss sich ja die Bahn rentieren. Dann sehe ich nicht ein, warum wir und warum die Verkehrs-Commission sie nicht baut. Die Verkehrs-Commission halst uns alle die Linien auf, bei denen wir nichts verdienen. Und wie man dabei vorgeht, ist schrecklich. Ich war vor einigen Tagen bei der Bau-Commission, weil verschiedene Grundbesitzer zu mir gekommen sind und mich gefragt haben, ob sie heuer noch etwas anbauen sollen. Wissen Sie, was man mir gesagt hat? Die Leute sollen nur ruhig ihre Culturen pflegen; es ist möglich, dass im August mit der Einlösung begonnen wird; wenn aber nicht, dann kommen sie erst nächstes Jhr daran, dann geschieht heuer überhaupt noch nichts. Ja, können Sie sich noch erinnern — da appelliere ich an den Collegen Frauenberger — als wir von Forderungen gesprochen haben, wie Herr Frauenberger gesagt hat: das geht nicht, wir dürfen nur Wünsche aussprechen. Wir sind mit unseren Wünschen weit gekommen, denn man sieht, wie man mit uns verfährt. Ich werde mir nun erlauben, meine Herren, Anträge zu stellen; ich habe dieselben so formuliert, dass mir weder ein confessioneller noch ein Parteistandpunkt im geringsten zugemuthet werden kann.

Ich glaube, dass die Gesammtbevölkerung Wiens — und ich habe das gesehen, nachdem mein Antrag hier eingebracht und dann veröffentlicht worden ist — darüber einig ist, dass sie sich nicht wieder einer ausländischen Gesellschaft ausliefere. Ich erlaube mir, Sie zu bitten, die von mir zu stellenden Anträge zu unterstützen, die folgendermaßen lauten (liest):

„Im Hinblicke auf die bisher mit Unternehmungen ähnlicher Art, wenn sie von Privatgesellschaften betrieben werden, gemachten Erfahrungen, und mit Rücksicht darauf, dass es sowohl den Interessen der Stadtgemeinde Wien und ihrer Bevölkerung, als auch dem allgemeinen Interesse des Staates zuwiderlaufen würde, ein so großes und bedeutendes Verkehrsunternehmen wie die Locallinien der Wiener Stadtbahn abermals in das Monopol einer Privatgesellschaft zu überantworten, fasst der Gemeinderath folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinderath spricht sich entschieden gegen die geplante Verleihung der Concession für die Locallinien der Wiener Stadtbahn an die Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. in Wien aus.

2. Der Herr Bürgermeister wird beauftragt, Sr. Majestät dem Kaiser den vorstehenden Beschluss des Gemeinderathes in Form einer allerunterthänigsten Petition zur Kenntnis zu bringen und Se. Majestät zu bitten, der von dem Handelsministerium diesfalls ausgearbeiteten Concessions-Urkunde Allerhöchstseine Zustimmung zu versagen.

3. Der Gemeinderath beschließt, es seien an den hohen Reichsrath, an den hohen niederösterreichischen Landtag entsprechende Petitionen zu verfassen und ehestens zu überreichen.

4. Für den Fall, als die Verkehrs-Commission es ablehnen sollte, den Bau und Betrieb der Locallinien der Wiener Stadtbahn für Rechnung der Commission zu führen" — was bei der bekannten Autorität des Gemeinderathes bereits geschehen ist, weil man auf uns nichts gibt, sondern immer höheren Ortes beschließt und dann an uns herantritt — „erklärt der Gemeinderath, dass die Stadt Wien principiell bereit sei, selbst um die Verleihung der Allerhöchsten Concession zum Baue und Betriebe dieser Linien einzuschreiten in der selbstverständlichen Voraussetzung, dass der Stadtgemeinde Wien ebenso günstige Bedingungen zugestanden werden als der Dampftramway-Gesellschaft Krauß & Comp.

5. Der sub Punkt 4 erwähnte Beschluss ist sofort dem Handelsministerium und der Verkehrs-Commission schriftlich bekanntzugeben.

6. Die Beschaffung des für den Bau und die Instruierungen der Locallinien der Wiener Stadtbahn erforderlichen Anlagecapitales hat im Wege eines ob der für die Locallinien der Wiener Stadtbahn zu eröffnenden Einlage des Eisenbahnbuches sicherzustellenden, mit vier Perzent verzinslichen Prioritätsanleihens der Stadt Wien zu erfolgen.

7. Die vorstehenden Beschlüsse des Gemeinderathes sind in sämmtlichen Wiener Tagesblättern vollinhaltlich zu veröffentlichen und zu placatieren und überdies in einer von beiden Parteien des Gemeinderathes gemeinsam in die Volkshalle des Rathhauses einzuberufenden großen Versammlung der Wähler der Stadt Wien der Wählerschaft zur Sanction zu unterbreiten."

Dies, meine Herren, sind meine Anträge, die ich mir im Interesse der Steuerträger der Stadt Wien zu stellen erlaube; ich bitte um Jhre Unterstützung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir den Herrn Redner aufmerksam zu machen, dass, wenn er wünscht, dass über diese Anträge abgestimmt wird, er sie, sei es als Gegen-Anträge oder Eventual-Anträge, zu jenen Punkten der Referenten-Anträge zu stellen hat, zu denen sie passen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Es ist unmöglich, dass dieser Antrag zu irgend einem Punkte der Referenten-Anträge gestellt wird, denn diese beschäftigen sich nur mit dem Inhalte der Concessionsurkunde, während der Antrag Steiner ein Gegen-Antrag ist und in die Generaldebatte gehört.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nicht von allen Anträgen kann das mit Grund behauptet werden, es ist das ein principieller Antrag, welcher die Berathung über die Referenten-Anträge ausschließen würde. Hier wird vorausgesetzt, dass diese Concession ertheilt wird, es ist nicht davon die Rede, dass die Gemeinde sich um die Concession bewerbe, noch viel weniger, dass sie baue, während das die Anträge Steiner beinhalten, und das muss in entsprechender Weise zum Ausdruck gebracht werden dadurch, dass der Herr Antragsteller diese Anträge zu Punkt 1 oder dort stellt, wo sie hingehören, aber es ist ein ganz ungewöhnlicher und in der Geschäftsordnung nicht vorgesehener Vorgang, eine Reihe von Anträgen zu stellen und zu sagen, ich bitte die anzunehmen. Ich habe nichts dagegen, wenn die Versammlung einverstanden ist, über diese Anträge unter einem abstimmen zu lassen, aber ich spreche aus, dass sich dies mit der Geschäftsordnung nicht vereinbaren lässt.

Gem.-Rath Dr. Huber: Ich werde mir erlauben, in dieser Angelegenheit einen Antrag zu stellen, der ganz unabhängig ist davon, wie die Hauptfrage entschieden wird. Ich finde nämlich, die Hauptfrage ist jene, ob die Concession die Firma Krauß & Comp. oder irgend eine andere Firma bekommt, oder ob die Stadt selbst den Betrieb übernimmt.

Mein Antrag geht nämlich dahin, dass der Gemeinderath an die Regierung die Bitte richten möge, sofort bei Eröffnung der Bahn den elektrischen Betrieb in Aussicht zu nehmen und zu verfügen. Wenn man heute Umschau hält in den großen Städten, wo Localbahnen errichtet worden, so werden Sie finden, dass überall heute der elektrische Betrieb für die Localbahnen ins Auge gefasst wird und zur Einführung gelangt. Jene Herren, welche vielleicht Gelegenheit haben, jene Stadttheile öfter zu besuchen, wo die Verbindungsbahn durchgeht, werden gewiss der Ansicht sein, dass für diese Stadttheile das Durchziehen der Verbindungsbahn in keinem Falle vortheilhaft ist, weder in hygienischer Beziehung noch nach mancher anderen Seite hin. Der Dampfmotorenbetrieb hat eben viele Übelstände. Diese alle würden vermieden, wenn der elektrische Betrieb eingeführt würde. Bei den heutigen Fortschritten im elektrotechnischen Betriebe ist ohnehin kein Zweifel, dass dem elektrischen Betriebe die Zukunft insbesondere für solche Bahnen gehören wird, welche nicht allzulange und allzuweite Strecken umfassen. Es wird insbesondere dahin kommen, dass bei den Stadtbahnen kein anderer Betrieb in Zukunft eingeführt werden wird, als jener durch die Elektricität.

Ich will es unterlassen, hier des Langen und Breiten darüber zu sprechen; ich glaube, es sind alle der Anschauung, dass der elektrische Betrieb der Stadtbahnen dem Dampfmotorenbetrieb vorzuziehen sein wird.

Im Grunde dessen bitte ich meinem Antrage zuzustimmen, den ich dahin recapituliere, dass an die Regierung die Bitte gerichtet werden möge, bei Eröffnung der Stadtbahn sofort den elektrischen Betrieb in Aussicht zu nehmen und zu verfügen.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme. (Bravo!)

Gem.-Rath Tomola: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, einerseits weil der Gegenstand, dessen Berathung wir soeben beginnen, selbst dann, wenn wir ihn von allem Beiwerk loslösen, von größter Bedeutung ist, dann aber auch, weil die Bevölkerung von ganz Wien mit einer gewissen Spannung unserer heutigen Entscheidung in dieser Frage entgegensieht. Als vor nunmehr zwei Jahren das Werk, welches man Groß-Wien nennt, zustande gekommen ist, da begegnete dasselbe, wie ja Ihnen allen bekannt ist, von vielen Seiten einem gewissen Misstrauen, ja auch einer gewissen Abneigung. Gewiss war es die Aufgabe jener Kreise, welche das Zustandekommen dieses Werkes fördern wollten, derart zu wirken, dass das Misstrauen zerstreut wurde, und andererseits solche Thaten zu schaffen, durch welche auch die Abneigung behoben wurde. Derartige Thaten wurden ja der Bevölkerung in Hülle und Fülle versprochen. Weite Kreise wussten Sie dadurch für Ihre Ideen zu gewinnen, insbesondere auch durch die Aussicht darauf, dass ein „Rieseln von Gold", eine „Fülle von Arbeit" der Bevölkerung in Aussicht gestellt wurde.

Es ist also kein Wunder, wenn eine gewisse Beunruhigung, ein gewisses Misstrauen selbst solcher Kreise sich bemächtigt hat, welche seinerzeit freudig für Groß-Wien geschwärmt und gestimmt haben. Es ist dieses Misstrauen und Unbehagen zum großen Theile eine Folge davon, dass diese Versprechungen, wie hier zugegeben wurde, nicht immer, sagen wir: mit der nöthigen kritischen Überlegung gegeben worden sind, wie es dem Ernste der Sache wirklich entsprochen hätte. Denn ein Mangel an kritischer Überlegung war es doch, von einer Fülle von Arbeit, von einem Rieseln von Gold zu sprechen. Es konnte nicht anders kommen. Die Enttäuschung war umso schwerer und bitterer, insbesondere bei jenen, welche die baldige Inangriffnahme der Arbeiten erwarteten.

Nun liegt uns heute ein Detailproject vor, welches den Anfang dieser Arbeiten kennzeichnen soll, aber leider ist dieses Project nur allzusehr geeignet, die Zustimmung und Befriedigung nur weniger Einzelner hervorzurufen. Sie wissen ja, dass diese Localbahnen abermals an eine Gesellschaft vergeben werden sollen, was wie ein Alp auf den Gemüthern lastet. Seit längerer Zeit schon glaubte man die Stimmung der weiteren Kreise dahin deuten zu können, dass man bestrebt sei, alle Verkehrswege von den Gesellschaften loszulösen und in den Betrieb des Staates zu übernehmen.

Ich kann ruhig sagen, die Bevölkerung verfolgte mit großer Befriedigung alle Actionen des Staates, welche in den letzten Jahren so erfolgreich darauf gerichtet waren, die Verkehrswege in eigene Regie zu übernehmen. Sie werden sich auch noch an jene große Aufregung erinnern, durch welche das Jahr 1884 seine Signatur erhielt, nämlich durch die Nordbahn-Debatte, wie damals die Wogen bis in die entlegensten Theile der Monarchie reichten, und ich erinnere mich noch sehr genau, wie man damals in Deutschböhmen jede, auch die geringfügigste Nachricht aus Wien mit Spannung erwartete. Eine solche Erregung ist nicht künstlich erzeugt, sie ist keine Komödie, sie ist nicht aus dem heißen Boden der Agitation entsprungen, sondern aus dem Gefühle, dass etwas Böses, etwas Unrechtes im Zuge sei; solche Bewegungen lassen sich auch nicht so leicht bannen, in solchen Zeiten wachsen Männer,

welche imstande sind, den Gefühlen der Bevölkerung richtigen Ausdruck zu geben, riesengroß.

Wenn ich nun zur Behandlung des Gegenstandes selbst schreite, so werde ich mir nicht erlauben, auf die näheren Einzelheiten einzugehen. Wer von uns diese Concession durchgelesen hat, kann nur sagen, um mit dem Wiener zu sprechen, „etwas Höheres gibt's wirklich nicht mehr".

Was da der Bevölkerung und andererseits der Gesellschaft geboten wird, übersteigt alles bisher Dagewesene. Ich werde also auf die Punkte der Concession selbst einzugehen unterlassen, weil dies andere vor und nach mir mit viel mehr Geschick und Eifer thun und weil ich ein grundsätzlicher Gegner jeder Verleihung einer solchen Concession an eine Privatgesellschaft bin. Ich bin der Ansicht, dass es doch die Pflicht des Staates, der Behörden sei, Sorge dafür zu tragen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt werden. Nun, ein ganz eminentes Bedürfnis der Bevölkerung in Wien ist es, dass ihr Gelegenheit geboten wird, schnell und mit möglichst geringem Zeitaufwand und Mitteln nach der Inneren Stadt zu gelangen, welche nun einmal den lebendigen Mittelpunkt dieses großen Gemeinwesens bildet, und für dieses Bedürfnis hätte in erster Linie der Staat, meinetwegen die Obrigkeit, sei es nun die Verkehrs-Commission oder Gemeinde ꝛc., Sorge zu tragen. Aber durch unsere Zeit geht eben ein eigenthümlicher Zug, welcher den Freund seines Volkes mit immer größerem Misstrauen und Bangen erfüllen muss, das ist der Zug, die Lasten und Pflichten, welche die Obrigkeit, der Staat, seinen Bürgern gegenüber hat, auf die Schultern anderer zu überwälzen. Dieser Zug äußert sich sowohl im großen als auch im einzelnen. Die Mutter gibt ihr Kind der Amme zur Aufziehung und Erziehung, und, meine Herren — ich spreche es ganz offen aus —, das deutsche Volk betrachtet solche Kinder als für die Eltern verloren, denn die reine Liebe zum Volksthum hat ihre Wurzeln nur an der Mutterbrust und im Elternhause.

Ebenso, wie hier die Mutter handelt, handelt der Staat dann, wenn er Concessionen, Pflichten und Lasten an listige Gesellschaften abwälzt. Eine solche Abwälzung ist nun hier ganz gewiss im Zuge. Wir müssen doch vom Staate, von der Behörde erwarten, dass sie ihren Bürgern Liebe und Vertrauen entgegenbringt; Liebe und Vertrauen können aber Bürger nimmer von einer Gesellschaft erwarten. Das Streben einer Gesellschaft ist nur, die Bilanz möglichst in die Höhe zu bringen. Ihr Bestreben geht dahin, an dem Tage, wo die Abrechnung geschieht, sagen zu können, unsere Bilanz steht ungemein günstig, und was lässt sich im Rahmen des Gesetzes noch thun, um die Dividende zum Steigen zu bringen. Das ist das Bestreben jeder Gesellschaft, und ich erinnere Sie daran, was für Anstände, welche bittere Stunden uns schon allen die Tramway-Gesellschaft bereitet hat, wie der zügellose Erwerbstrieb dieser Gesellschaft in allen Kreisen Unbehagen genug hervorgebracht hat; und wenn wieder eine Gesellschaft kommt und anklopft, so wird ihr doch aufgethan und man tröstet sich damit, indem man sagt: „Sie wird besser, sie wird nicht so schlecht sein, wie die anderen; es wird mit ihr gehen." Ich sage aber, meine Herren, es wird nicht gehen, alle Pflichten, alle Verantwortungen werden auf uns zurückfallen.

Der Gemeinderath ist und bleibt dem Volke gegenüber immer etwas Reelles, etwas, was es zur Verantwortung ziehen kann. Nicht so die Verkehrs-Commission. Die Verkehrs-Commission ist dem Volke als solche vollständig fremd. Und nun noch eines: Es ist hier bereits erwähnt worden, dass es für die Verleihung der Concession vollständig gleichgiltig ist, ob der Gemeinderath seine Zustimmung dazu ertheilt oder nicht. Nun, ich bin ein Freund der Wahrheit und Offenheit, ich danke jenen Herren, welche dies gesagt haben, aber ich habe einmal gelesen, ein großer Geist war es, der gesagt hat: „Pflicht des Mannes ist es, das Unvermeidliche mit Würde zu tragen." Nun frage ich Sie, entspricht es der Würde des Gemeinderathes, dass er heute Ja zu etwas sagt, wozu er vor Jahresfrist Nein gesagt hat?

Die Verhältnisse seit einem Jahre haben sich durchaus nicht geändert, und was vor einem Jahre richtig war, das muss es auch heute noch sein, und wenn es heute noch richtig ist, muss auch heute der Gemeinderath sagen: Nein, wir sind nicht einverstanden damit, dass die Concession an Krauß & Comp. verliehen wird. Wie würden wir uns selbst erscheinen, wie würde es der Würde des Gemeinderathes anstehen, wenn wir heute auf die offene Gasse kommen und einen anderen Beschluss gefasst hätten?

Wir müssten thun wie die Auguren bei den Römern zur Kaiserzeit, von denen das Sprichwort sagt, dass, wenn ihrer zwei auf der Straße sich begegneten, sie nicht umhin konnten, einander ins Gesicht zu lachen. So wäre es auch heute, und Manneswürde ist es nicht, heute so und morgen anders zu sprechen. Aber noch etwas, was der Würde des Gemeinderathes und eines jeden Einzelnen von uns gewiss nicht entsprechen kann. Wenn man gesagt hat, dass die Vertragsurkunde auch ohne uns zustande kommt, wer nöthigt uns, an dem Karren zu ziehen, der ohne uns schon in Bewegung gehalten wird, wer nöthigt uns, mitzukochen, wo andere ohne uns die Suppe versalzen wollen? Das ist unsere Aufgabe nicht. Und was endlich die Hauptsache ist: wir haben die Verantwortung für alles, was hier Übles geschehen wird, und es wird geschehen. Missheiligkeiten, Zwistigkeiten, Unzufriedenheit seitens des Volkes werden ja vorkommen, wie sie schon beim Beginne der Bauten vorkommen; ich erinnere Sie an den Bau des Sammelcanales, wo die Arbeitslöhne so niedrig bemessen worden sind, dass die Arbeiterschaft nicht zugreifen wollte. Das wird auch hier wieder vorkommen und wenn wir heute zustimmen, wird die Bevölkerung alle Schuld auf uns schieben, weil wir, der Gemeinderath, etwas Reelles sind, etwas, was angegriffen, zur Verantwortung gezogen werden kann. Ich bin nicht der Meinung, dass die Firma Krauß & Comp. wert ist, dass wir für sie hier unsere Stimme abgeben. Ich möchte Sie daher bitten, dem Beschlusse treu zu bleiben, welchen wir vor Jahresfrist gefasst haben.

Es wird in Ihren Zeitungen oft gesagt, es geht nicht an, dass wir mit jenen ruppigen, rüden, rohen Leuten der linken Seite des Hauses stimmen. Nun, so rüde, roh und ruppig sind wir nicht. Was die Freiheit anbelangt, die Freiheit, in welcher sich zwei verschiedene Parteien einander begegnen sollen, so möchte ich Ihnen einige wenige Worte aus Montesquieus Betrachtungen vorlesen, um Ihnen zu zeigen, dass Montesquieu schon damals viel freiheitlicher gesinnt war als die heutige liberale Partei. (Liest:)

„Was man bei einem politischen Körper Einigkeit nennt, ist eine sehr unbestimmte Sache. Die wahre ist eine harmonische Einigkeit, welche bewirkt, dass alle Theile, so entgegengesetzt sie auch scheinen mögen, zum allgemeinen Besten beitragen, wie die Dissonanzen in der Musik zum Totalaccord beitragen. Es kann in einem Staate, in welchem man nichts als Zwist und Wirren zu erblicken meint, Einigkeit, d. h. eine Harmonie geben, aus der das Glück entspringt, das allein der wahre Friede ist. Es ist

damit, wie mit den Theilen des Weltalls, die in Ewigkeit durch die Action der einen und die Reaction der anderen mit einander verbunden sind."

Nun, betrachten Sie uns als das Princip der Reaction, betrachten Sie uns als die Disharmonie in dieser Körperschaft, aber eines bitte ich Sie im Interesse des Glückes und des Friedens der ganzen Bevölkerung Wiens: Geben Sie Ihre Zustimmung zu dieser Urkunde nicht! Ich werde gegen die Verleihung der Concession an die Gesellschaft Krauß & Comp. stimmen, was mich aber durchaus nicht hindern soll, in die Berathung der Wünsche, die von Seite des Gemeinderathes geäußert werden, auch mit einzugehen. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren Schriftführer zur Kenntnis zu nehmen, dass noch vorgemerkt sind die Herren Gem.-Räthe Dr. Stern, Kareis, Sebastian Grünbeck, Herrdegen und Dr. Mittler.

19. Wir haben auf der Tagesordnung die Wahl von Mitgliedern in die Commission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1893; die Wahl von Mitgliedern und Ersatzmännern in die Commission für die Verkehrsanlagen und endlich die Wahl von drei Mitgliedern in den Bezirksschulrath. Ich proponiere, dass diese drei Wahlen unter einem mittels Namensaufrufes vorgenommen werden, und ich nehme an, dass, wenn die Herren keinen Einspruch erheben (Zustimmung), die Versammlung damit einverstanden ist. Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Dr. Zimmermann geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:) Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **20. Juni 1893.**

Vorsitz: **1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.**

Gem.-Rath Noske referiert über eine Personalangelegenheit. Nach erfolgten Mittheilungen seitens des Bürgermeisters Dr. Prix in dieser Angelegenheit wird das Referat über Antrag des Gem.-Rathes Gerhardus vertagt.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Montag, den 26. Juni 1893, nachmittags.

Dienstag, den 27. Juni 1893, vormittags.

Mittwoch, den 28. Juni 1893, vormittags.

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 22. Juni 1893 vom 3. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahlen für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
5	**Schön** Franz, Gastwirt, XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 27	1075	918
	Krehon Anton, Lederhändler, XVI., Gablenzgasse 7		912
	Jellinek Jakob, Schmied und Hausbesitzer, XVI., Neulerchenfeld, Koppstraße 21		902
	Leidinger Karl, Gastwirt und Hausbesitzer, XVI., Neulerchenfeld, Fröbelgasse 30		871
	Ramharter Josef, Drechsler und Hausbesitzer, XVI., Schulgasse 19		860

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 20. Juni 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3730 Stück
Fettschweine	7404 „
Summa	11.134 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	7416 Stück
für das Land	883 „
unverkauft blieben	2835 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 48 kr.
Fettschweine . . . „ 35 „ 46 „ } per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war für Fettschweine flau, daher dieselben bis zu 3 kr. per Kilo billiger gehandelt wurden, während die Preise der Jungschweine fest blieben.

* * *

(Pferdemarkt vom 20. Juni 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 369 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—400 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . 34—75 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

(Stechviehmarkt vom 22. Juni 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 1266, Kälber lebend 2012, Lämmer Waidner 48, Lämmer lebend 145, Schafe Waidner 211, Schafe lebend 1735.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg.	von	25	bis	54	kr.
Kälber lebend . „ „	„	25	„	50	kr.
Lämmer Waidner „ Paar .	von	4	bis	10	fl.
Lämmer lebend . „ „ . „	4	„	11	fl.	
Schafe Waidner „ Kg.	von	22	bis	38	kr.
Schafe lebend . „ „	„	20	„	32	kr.
Schafe lebend . „ Paar .	von	8	bis	19	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 1088 Stück Kälber weniger zugeführt. Infolge bedeutender Vorräthe vom letzten Markte gestaltete sich der Verkehr ziemlich flau und mussten, namentlich im späteren Marktverlaufe, lebende Kälber um 1 kr., Waidner-Kälber um 2 kr. per Kilo billiger abgegeben werden.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1109 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war ruhig und wickelte sich das Geschäft zu vorwöchentlichen Preisen ab.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 22. Juni 1893 331 Stück Mast- und 215 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 19. Juni bis 22. Juni 1893.

Für Neubauten:

II. Bezirk: Schulhaus, Obere Augartenstraße 34, von Philomena Hartl, Oberin des III. Ordens der Schulschwestern des heil. Franciscus Seraphicus, Bauführer Luckeneder & Miserofsky (4294).
„ „ Haus, Kleine Stadtgutgasse, Ecke der Novaragasse, Baustelle I, von Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer (4297).
„ „ Haus, Wallensteinstraße, Grundb.-Einl. 3885, von Lorenz Waldmann, Bauführer Th. Bauer (4305).
„ „ Haus, Volkertstraße, Grundb.-Einl. 593, von Ferd. Strobl, Bauführer F. Waas (4322).
V. Bezirk: Haus, Reinprechtsdorferstraße 4, von Alois Beer, Bauführer J. Jostal (4295).
„ „ Haus, Arbeitergasse und Reinprechtsdorferstraße, Grundb.-Einl. 1873, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4345).
„ „ Haus, Arbeitergasse, Grundb. - Einl. 1875, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4346).
„ „ Haus, Arbeitergasse, Grundb. - Einl. 1874, von Josef Fichtinger, Bauführer Th. Bauer (4347).
VI. Bezirk: Haus, Webgasse 33, von Maria Schuhmann, Bauführer F. Neumann (4333).
IX. Bezirk: Haus, Lazarethgasse, Baustelle I, von Maria Jostal, Bauführer J. Jostal (4297).
X. Bezirk: Angelygasse 4, von Josef Milaček, Bauführer Zeitlinger (19772).
XIII. Bezirk: Stockhohes Wohnhaus, Ober-St. Veit, Bauparc. 304/4 und 304/5, von Anton Baumgartner und Anna Malfattig, Bauführer Friedrich Holzer, Baumeister (16125).
XIV. Bezirk: Drei Stock hohes Wohnhaus, Grundb.-Einl.-Z. 352, Baustelle I, Rudolfsheim, Feldgasse, von Johann und Francisca Töpfl, Bauführer Johann Töpfl, Stadtbaumeister (13931).
XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Parkstraße, Parc. 869/54, 869/128, von Franz Stepanek, zu Handen des Wiener Cottagevereines, Baumeister Victor Fiala (11062).

Für Umbauten:

XVII. Bezirk: Umbau der Küchen- und Abortanlage, Dornbach, Hauptstraße Nr. 158, von Ernst Slavy, Bauführer H. & F. Glaser, Stadtbaumeister (20862).

Für Zubauten:

XIV. Bezirk: Dreistöckiger Hoftract, Rudolfsheim, Wehrgasse 12, von Johanna Ramp, Bauführer Karl Brunner (14100).
XVI. Bezirk: Ottakring, Langegasse 61, von Josef Grüllemejer, Bauführer Franz Bock (26408).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Salzthorgasse 7, von Anton Höcker, Maurermeister (4326).
„ „ Stadiongasse 6—8, von Victor Fiala, Stadtbaumeister (3661.)
„ „ Kärnthnerstraße 2, von der Baron Königswarter'schen Häuseradministration, Bauführer Parthila & Schlaf (3374.)
II. Bezirk: Untere Donaustraße 39, von Moriz Hutterer, Bauführer A. Goldenberg (4386).
„ „ Erzherzog Karlplatz 19, von Michael Hoffinger, Bauführer R. Reichelt (4377).
V. Bezirk: Wehrgasse 25, von Franz Radl, Maurermeister (4331).
VI. Bezirk: Sandwirthgasse 2, von Karoline Zizula, Bauführer M. & J. Sturany (4309).
VII. Bezirk: Seidengasse 34, von Gottfried Berger, Stadtbaumeister (4318).
VIII. Bezirk: Bennogasse 10, von Matthias Lindauer, Maurermeister (4378).
XIII. Bezirk: Adaptierung, Lainz, Hauptstraße 23, von Kath. Binder und Kath. Dopler, Bauführer Heinrich Stand, Baumeister (16122).
XVII. Bezirk: Neuwaldegg, Hauptstraße 50, von Leopoldine Hirsch, Bauführer Johann Steinmetz, Baumeister (20702).
„ „ Hernals, Mariengasse 7, von Alois Schmid, Bauführer, Thomas Mann, Baumeister (20882).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Canalreconstruction, Johannesgasse 18, von Paul Witzmann, Maurermeister (4355).
III. Bezirk: Gartenhaus, Beatrixgasse 20, von Johann Müller, Maurermeister (4320).
V. Bezirk: Kesselaufstellung, Arbeitergasse 38, von Ignaz Selinger, Bauführer Chr. Gatty (4357).
VI. Bezirk: Stützmauer, Gumpendorferstraße 134, von Lorenz Clauser Bauführer C. Stigler (4337).
IX. Bezirk: Bügelkammer, Berggasse 13, von Paul Wasserburger, k. k. Baurath (4372).
X. Bezirk: Laxenburgerstraße 85, von Wenzel Tlapa, Bauführer J. Zeitlinger (19837).
XIII. Bezirk: Zweiter Abort, Ober-St. Veit, Amalienstraße 45, von Ignaz Rucker, Bauführer? (16126).
„ „ Holzlage, Speising, Hauptstraße 53, von Rich. Witkowitsch, Bauführer Weilgony, Maurermeister (16127).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Herrengasse 12, von Ignaz Zwinz, Bauführer Gottfried Alber (16155).
„ „ Rohrcanal, Breitensee, Dreyhausergasse 5, von Heinrich Heckinger, Bauführer Gottfried Alber (16156).
„ „ Rohrcanal, Penzing, Hietzingergasse 8, von Theresia König, Bauführer Karl Freytag, Baumeister (16227).
XVI. Bezirk: Ottakring, Hauptstraße 187, von Ferd. Gräfs Familie, Bauführer Franz Gräf (26441).
XVIII. Bezirk: Verlegung des Hauscanales und Versetzung des Abortes, Währing, Hauptstraße 94, von Anton Philipp Seufert, Bauführer Franz Kaindl (18301).
„ „ Verlegung des Hauscanales und Versetzung des Abortes, Währing, Hauptstraße 92, von Barbara Seufert, Bauführer Franz Kaindl (18302).
„ „ Einmündung des Hauscanales in den Hauptcanal, Währing, Hauptstraße 86, von Karoline Nessler, Bauführer Alex. Jungwirth (18303).
„ „ Remise, Währing, Schulgasse 50, von Johann und Marie Reisenthaler, Bauführer Alexander Jungwirth (18365).
XIX. Bezirk: Gartenhäuschen, Unter-Sievering, Kasgruben, Einl.-Z. 694/1, von Josef Gerstorfer, Bauführer derselbe (11036).
„ „ Gemauerter Abort und Pissoir, Heiligenstadt, Gärtnergasse 105, von Ferdinand Schlammerdinger, Bauführer Karl Höllerl jun. (11301).

Stockwerks-Aufsetzungen:

XVII. Bezirk: Hernals, Karlsgasse 3, von Albertine Spandl, Bauführer J. Gschwandner jun. (20907).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Feldgasse 42, von Heinrich Huß, Bauführer Martin Köller (18310).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Marktgasse 6, von Josef Fichtinger (4344).
IX. Bezirk: Fuchsthalergasse, Grundb.-Einl. 590, von Luckeneder & Miserowsky, Stadtbaumeister (4293).

X. Bezirk: Steudelgasse 10, von Josef Werstadt und Franz Kolešik (19797).
XVII. Bezirk: Baugrund, Dornbach, Parc. 540/18 und 540/10, Einl.-Z. 1550, von Ferdinand Weese (20780).

Gewerbeanmeldungen vom 17. Juni 1893.

(Fortsetzung.)

Hofmann Albine — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 77.
Kliwar Anna — Hallentrödlergewerbe — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 121.
Pitlik Katharina — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 39.
Netzkar Anna — Victualienhandel — V., Margarethenstraße 4.
Gilye Sophie — Zeitungs-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 29.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 19. Juni 1893.

Jordan Ernst — Agentie in elektrotechnischen Bedarfsartikeln — VI., Eßterházygasse 21.
Fellenberg Johann — Erzeugung von Bierkäse — XII., Unter-Meidling, Rauchgasse 7.
Tuma Karoline — Damenfriseurin — I., Mayfedergasse 3.
Horicky Josef — Gas- und Wasserleitungsgewerbe — XVIII., Währing, Exnergasse 3.
Gahmann Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 106.
Trummer Louise — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 63.
Kuhlank Otto — Goldarbeiter — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 59.
Hörmanseder Johann — Kaffeesieder — IX., Währingerstraße 17.
Weghuber Franz — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolade — I., Schottengasse 3.
Klein Leopold — Kleinfuhrwerk — XVII., Hernals, Sterngasse 33.
Rois Agnes — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVI., Liebhartsgasse 8.
Ullrich Margaretha — Knochen-, Hadern- und Geschirrhändlerin — XVI., Ottakring, Wichtelgasse 1.
Klup Ignaz — Maurermeister — XII., Lainzerstraße, gegenüber Nr. 34.
Brtnik Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 44.
Kraut Amalia — Pfaidlergewerbe — XVII., Hernals, Kirchengasse 40.
Glaser Marie — Schneidergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Herbststr. 2.
Hawlicek Adolf — Schuhmacher — XII., Unter-Meidling, Reichgasse 7.
Müller Ferdinand — Schuhmacher — VI., Gumpendorferstraße 135.
Waber Marie — Hallentrödlergewerbe (Pachtbetrieb) — IX., Wiener Trödlerhalle, Zelle 189.
Eder Camilla — Vordrucker- und Stickergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 16.
Urban Johanna — Verschleiß von Wein und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Flaschen — I., Hohenstaufengasse 7.

* *

Gewerbeanmeldungen vom 20. Juni 1893.

Wratitsch Josef — Annoncenvermittlung — IV., Karlsgasse 18.
Tanner Vital — Erzeugung und Reparatur von Dampfkesseln — XIII., Penzing, Poststraße 154—156.
Anspach Adam — Fleischhauer — XVII., Hernals, Alsbachstraße 3.
Schröck Johann — Gastwirt — IX., Bindergasse 4.
Colner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 56.
Franta Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse 6.
Halbritter Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 14.
Ohly Margaretha — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 57.
Hladik Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Dornbach, Hauptstraße 113.
Pongratz Marie — Kleinfuhrwerk — XIX., Grinzing, Berggasse 29.
Steininger Josef — Milch-Verschleiß — IV., Phorushalle, Parc. 110.
Bačovsky Josefine — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Schillergasse 8.
Palkovics Matthias — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — IV., Alleegasse 20.
Hauer Marie — Privatarbeitsschule — XIII., Breitensee, Matzingerg. 24.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite
Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes . . . 1315
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 20. Juni 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Siegert und v. Stummer wegen Fernbleibens . . . 1315
2. Beurlaubung der Gem.-Räthe v. Götz, Zweig und Bachofen v. Echt . . . 1315
3. Dank Sr. Majestät des Kaisers für die Beileidskundgebung der Gemeinde anläßlich des Ablebens des Herzogs Max Emanuel in Baiern . . . 1315
4. Dank des Ausschusses des Asylvereines der Wiener Universität für die gewährte Subvention . . . 1315
5. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Grünbeck, betreffend die Vorsorge für geeignete Locale zum Schulunterrichte pro 1893/94 in Hernals . . . 1315
6. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend seinen Antrag wegen Auflassung des Beitrages für die Überbrückung der Westbahn . . . 1315
7. Desgleichen jener desselben Gemeinderathes, betreffend die Überwachung der Auslaufbrunnen . . . 1315
17. Verlängerung des Urlaubes des Gem.-Rathes Rückauf . . . 1317
Interpellationen:
8. Gem.-Rath Lang, betreffend die Nichteinholung eines Gutachtens des Bezirksausschusses des I. Bezirkes in Angelegenheit der Übernahme der Straßenreinigung dieses Bezirkes in eigene Regie 1316
9. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Abstellung von Übelständen auf dem Lainzer Friedhofe . . . 1316
10. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Überreichung von Petitionen puncto Einführung der Hauszinsclassensteuer in Wien . . . 1316
11. Derselbe, betreffend die Erledigung seines Antrages wegen Einleitung von Verhandlungen mit dem Militärärar puncto Anlage einer Verkehrsstraße über das Schmelzer Exercierfeld . . . 1316
12. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Erbauung eines neuen Amtshauses im XVI. Bezirke und Verwendung des bestehenden Amtshauses zu einer Volksschule . . . 1316
Anträge:
13. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Ausarbeitung eines Programmes für die Trennung der Straßenpflege von dem Bauamte und den Bezirksvorstehungen . . . 1316
14. Gem.-Rath Dr. Uhl, betreffend Überreichung einer Petition wegen Einführung des allgemeinen directen Wahlrechtes in allen Vertretungskörpern . . . 1317
15. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Erbauung eines Amtshauses auf dem Götheplatze im XVI. Bezirke . . . 1317
16. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Einführung von Bauerleichterungen für die an der Gemeindegrenze gelegenen Bezirkstheile und die Herabsetzung der Bautaxen und Canaleinmündungs-Gebüren für kleinere Objecte . . . 1317
Referate:
18. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend Stellungnahme zum Entwurfe der an die Actiengesellschaft vorm. Krauß & Comp. zu ertheilenden Concession für die Localbahnlinien der Wiener Stadtbahn . . . 1318
19. Vornahme der Wahl von Mitgliedern in die Commission zur Bemessung der Militärtaxe pro 1893, desgleichen von Mitgliedern und Ersatzmännern in die Commission für Verkehrsanlagen und von Mitgliedern in den Bezirksschulrath . . . 1324
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 20. Juni 1893.
Inhalt:
Gem.-Rath Noske, betreffend eine Personalangelegenheit . . . 1324
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes . . . 1324
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 22. Juni 1893 vom 3. Wahlkörper des XVI. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1324
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 20. Juni 1893 . . . 1324
Pferdemarkt vom 20. Juni 1893 . . . 1324
Stechviehmarkt vom 22. Juni 1893 . . . 1324
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 19. bis 22. Juni 1893 . . . 1325
Gewerbeanmeldungen . . . 1326
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.